



THOMAS GEBAUER / TELTOPRESS

Pfandautomat

DOSENPFAND

## Schutz vor Betrügern

Handel und Getränkeindustrie haben die erste wichtige Vorentscheidung für die geplante Einrichtung eines bundesweit einheitlichen Systems getroffen, mit dem von Oktober an der jetzige Wirrwarr beim Zwangspfand auf Dosen und Einwegflaschen beseitigt werden soll. Eine der Grundvoraussetzungen dafür ist, dass die jährlich rund 15 Milliarden mit einem Pfand belegten Einwegverpackungen fälschungssicher ge-

kennzeichnet werden. Die Branche fürchtet, dass ansonsten Betrüger mit pfandfreien Dosen und Flaschen aus dem Ausland demnächst an deutschen Pfandautomaten verdienen könnten. Zöllner im polnischen Grenzgebiet beobachten bereits, dass seit Jahresanfang deutlich mehr Getränke in Polen gekauft werden. Dennoch entschied sich der 14-köpfige Technikausschuss der Arbeitsgemeinschaft für Verpackung und Umwelt (AGVU), der eine Empfehlung für das Sicherheitssystem geben soll, am späten Freitagabend nach zweitägiger Beratung für eine Einfachlösung, die von verschiedenen Automatenherstellern vorgeschlagen wurde. „Die Technik hat sich in den USA, in Schweden und Dänemark bewährt“, sagt der Ausschussvorsitzende Klaus Stadler. Dabei werden Dosen nur mit einer zusätzlichen Prägung im Deckel versehen, Flaschen erhalten einen besonderen Aufdruck, beide Merkmale werden in den Pfandautomaten von einer Digitalkamera geprüft. Viele Branchenkenner hatten damit gerechnet, dass sich der Technikausschuss für die vom Beratungsunternehmen Roland Berger präferierte Hightech-Lösung der RWE-Umwelt AG aussprechen würde. Denn die RWE-Tochter wollte die Pfandautomaten nicht beim Handel, sondern neben den herkömmlichen Altglascontainern aufstellen. Das Pfand sollte dann per Geldkarte auf einem Konto des Kunden gutgeschrieben werden. Doch die für den Handel elegante Lösung ist, so Stadler, „nicht mehr als ein Prototyp, dessen Marktreife bis Oktober nicht gewährleistet ist“.

STEUERN

## Lufthansa droht Eichel

Auf die Pläne der Bundesregierung, das Vielflieger-Programm Miles & More höher zu besteuern, reagiert die Lufthansa mit der Drohung, mehrere hundert Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern. Bei einem geplanten Kundenbindungsprogramm im Rahmen der Star Alliance, heißt es in einer schriftlichen Stellungnahme des Konzerns für eine Anhörung im Bundestag, „wird die Standortfrage dieses Programms auch unter steuerstrategischen Gesichtspunkten entschieden“. Derzeit beschäftigt das Miles & More-Programm rund 500 Mitarbeiter. Auch die Blumenhändler warnen, dass eine Erhöhung ihrer Mehrwertsteuer „sehr kurzfristig“ die Arbeitslosigkeit erhöhe: Es gehe um über 40 000 Jobs und die Existenz von 10 000 Blumengeschäften. Unangenehm für Finanzminister Hans Eichel ist auch das Positionspapier, das die Bundesbank eingereicht hat: Die Notenbanker sprechen sich – auch mit Blick auf die geplante Steuer-

erammnestie für Bürger mit Auslandsvermögen – gegen die Abschaffung des Bankgeheimnisses aus: „Ein solches Kontrollmitteilungsverfahren führt zu einem erheblichen Aufwand und steht dem mit einer Abgeltungsteuer verfolgten Ziel einer Repatriierung von Kapital im Wege.“



AXEL KIRCHHOFF / ACTION PRESS

Lufthansa-Kunden

METRORAPID

## NRW gegen Bayern

Die Düsseldorfer Landesregierung rechnet damit, dass der Bund in Nordrhein-Westfalen mit einer höheren Förderung den Metrorapid anschiebt, wie die Magnetschwebbahn in NRW genannt wird. „Jeder Euro, den der Bund für die Transrapid-Projekte in NRW und Bayern bereitstellt, kann in den Jahren 2003 und 2004 nur nach Nordrhein-Westfalen fließen, weil allein wir den erforderlichen Projektfortschritt haben“, sagt der nordrhein-westfälische Verkehrsminister Axel Horstmann (SPD). Das Land kalkuliert mit mindestens 200 Millionen Euro aus Berlin für 2003 und einer „deutlichen Aufstockung“ in den Jahren 2004 bis 2006. Düsseldorf soll den künftigen Betreibern des geplanten Metrorapid bereits jährliche Garantien – voraussichtlich in Höhe von 50 Millionen Euro – in Aussicht gestellt haben. Horstmann ist „zuversichtlich, dass auch der grüne Koalitionspartner eine begrenzte Garantiestellung des Landes für den Betrieb des Metrorapid mittragen wird“; eine solche Summe würde im Rahmen der üblichen Hilfen für Betreiber des öffentlichen Personennahverkehrs bleiben. Der Verkehrsminister hat sich „mit den Grünen darauf verständigt, dass der Metrorapid behandelt wird wie andere öffentliche Verkehrsmittel auch“.



Metrorapid (Computersimulation)